

Gegen die Kriegspropaganda der Bundeswehr!

Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht 2011 bangt die Bundeswehr um ihren Einfluss auf die Bevölkerung – und damit um Nachwuchs und Anerkennung.

In Hamburg präsentiert sie sich alljährlich beim Hafengeburtstag der Öffentlichkeit. In mitten der Volksfeststimmung können die Besucher Kriegsschiffe bestaunen, sich neben Soldatinnen mit Maschinengewehren fotografieren und Karriereberatung im Smalltalk mit dem jungen Matrosen erhalten.

Beim Tag der Bundeswehr, der 2015 das erste Mal bundesweit stattfand, drängt die deutsche Armee in die Öffentlichkeit. 2016 öffnete aus diesem Anlass in Hamburg die Hehüt-Schmidt-Universität der Bundeswehr ihre Türen. Bei solchen Großevents kommen die Jugendoffiziere der Truppe zum Einsatz. Bundesweit gibt es 80 aktive Jugendoffiziere (Stand: 2015), die mit ihren Veranstaltungen im Jahr 2015 knapp 150.000 Menschen erreichten. Ihr offizieller Auftrag ist, zur „politischen Bildung“ beizutragen, nicht jedoch die Rekrutierung von Soldaten. Interessierte werden von den Jugendoffizieren an die Karrierebüros der Bundeswehr verwiesen, von denen sie eines in Hamburg betreibt. Dass es um Nachwuchsgewinnung geht, machen die Zielgruppen sehr deutlich: vorrangig SchülerInnen der 10.–12. Klassen, junge Menschen kurz vor dem Einstieg ins Berufsleben. Andererseits sind sogenannte „Multiplikatoren“, LehrerInnen, Ansprechpartner für die Militärs, damit sie die Jugendoffiziere in ihren Unterricht einladen und sie an ihre KollegInnen weiterempfehlen.

Dass es auf Jobmessen wie „Einstieg 2017“ nicht um „politische Bildung“ geht, ist wohl jedem klar, denn eine Armee im Einsatz kann zu kritischer Bildung über Kriegeswie deren Ursachen und Profiteure weder in der Schule noch auf Jobmessen etwas beitragen.

Wir vom Bündnis Bildung ohne Bundeswehr (BoB <http://bildungohnebundeswehr.blog.sport.de>) vertreten die Meinung: *Bundeswehr raus aus den Schulen!*

Afghanistan zeigt: Krieg ist nie eine Lösung

Nichts ist gut in Afghanistan nach 15 Jahren Kriegsbeteiligung der Bundeswehr am Hindu-kusch. 3.498 getötete Zivilist*innen sowie 7.920 Verletzte zählten die UN im vergangenen Jahr, ein neuer Höchststand. Verantwortlich dafür sind alle Kriegsbeteiligten. In der Regierung Afghanistans geben Wahlfälscher und Warlords den Ton an, die Scharia bildet die Grundlage für das Rechtssystem. Die Wirtschaft liegt am Boden, bezahlte Arbeit außerhalb der Kriegs- und Besatzungsökonomie gibt es kaum. Viele Afghan*innen sehen für sich keine Perspektive in dem Land; wer es sich leisten kann flieht.

15 Jahre Interventionskrieg in Afghanistan haben gezeigt: Militär kann keinen Frieden erzwingen, der Einsatz von Bundeswehr und NATO ist wieder einmal gescheitert. Bundeswehr und NATO haben den Krieg verloren. Stattdessen die Bundeswehr abzuziehen, schickt die Regierung Jahr für Jahr etwa 1000 Soldat*innen in ein sinnloses Gemetzel.

In diese unübersichtliche Kriegssituation schiebt die Bundesregierung systematisch Migrant*innen ab. Die konkurrieren dann mit den über 1 Million Binnenflüchtlingen um Wohnungen, Nahrungsmittel, Wasser, medizinische Versorgung und Arbeitsplätze.

An den Soldat*innen der Bundeswehr ging die Erfahrung in dem aussichtslosen Krieg nicht spurlos vorüber, etwa 60 starben am Hindukusch, Tausende sind psychotraumatisiert.

Die vernünftige Schlussfolgerung kann nur sein: *Truppen raus aus Afghanistan – zivil helfen und die Abschiebungen stoppen*

Mehr Informationen unter: www.imi-online.de/regionen/afghanistan/

Waffen in Krisengebiete: Saudi-Arabiens Krieg gegen den Jemen

Seit Jahrzehnten ist Saudi-Arabien bevorzugtes Liefergebiet für Rüstungsgüter aus Deutschland und anderen NATO-Staaten. Über den repressiven Charakter des politischen Systems sehen die angeblichen Hüter von Demokratie und Freiheit hinweg.

Der konservative Islam der saudischen Herrscherschicht („Wahhabismus“) hat in den vergangenen Jahrzehnten viele terroristische „Gotteskrieger“ beeinflusst, das gilt für Söldner im Tschetschenienkrieg, Al Kaida und den IS.

Im März 2015 griff Saudi-Arabien in einen innenpolitischen Konflikt im Jemen ein, unterstützt von einer Koalition weiterer arabischer Länder und mit diplomatischer und logistischer Unterstützung der USA, der EU und der Türkei. Seitdem wird im Jemen ein brutaler Krieg geführt. Die saudischen Luftangriffe richten sich gegen die Infrastruktur, aber auch gegen Zivilisten, Flüchtlingslager, Schulen, religiöse Einrichtungen und Wohngebäude. Tausende Menschen wurden getötet, Hunderttausende sind auf der Flucht, Millionen hungern und haben keine medizinische Versorgung. Fluchtmöglichkeiten für die Menschen gibt es nicht.

Den Hintergrund dieser Kriegsverbrechen im Jemen bilden regionale Machtinteressen Saudi-Arabiens, der Krieg gilt als Versuch, das hochgerüstete saudische Militär auf künftige größere Kriege vorzubereiten.

Von Sanktionen der NATO-Staaten gegen Saudi-Arabien war bislang nichts zu hören. Im Gegenteil: Das Land gilt nach wie vor als wichtiger strategischer und wirtschaftlicher Partner. Die Bundesregierung möchte die Kooperation mit Saudi-Arabien, das zu den größten Empfängern deutschen Kriegsgeräts gehört, noch weiter ausbauen.

Stoppt die Unterstützung der AKP-Regierung in der Türkei! Solidarität mit den demokratischen Kräften!

Die Repressionen gegen oppositionelle Politiker, Medien, die demokratischen Kräfte und die kurdische Bevölkerung in der Türkei nehmen kein Ende. Seit dem gescheiterten Putschversuch am 15. Juli 2015 wird das Land per Dekret regiert, das Parlament ist faktisch entmachtet. Erdogan, der den Putschversuch als „Gottes Segen“ bezeichnete, nutzt diese Situation nun, um alle Lebensbereiche in der Türkei nach seinen Vorstellungen umzuwälzen. Nach einer großräumigen „Säuberung“ der Medien, nach der die Zahl der verbotenen Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehsender auf mehr als 160 angestiegen ist, wurde nun auch die Führung der drittstärksten Kraft im türkischen Parlament, der Demokratischen Partei der Völker (HDP), verhaftet. Gleichzeitig werden kurdische Städte unter Zwangsverwaltung gestellt und hunderttausende Angestellte aus dem öffentlichen Dienst suspendiert. Diese aggressive Politik führt die AKP-Regierung auch außenpolitisch fort, in dem sie militärisch in den Nachbarländer Syrien und Irak interveniert und dort islamistische Milizen unterstützt.

Die Bundesregierung beschränkt sich darauf, die Politik der AKP-Regierung sanft zu kritisieren, und weigert sich, wirksame Maßnahmen gegen die AKP-Regierung zu ergreifen. Das hat seinen Grund: Während Erdogan den Weg hin zu einer Diktatur ebnet und versucht, die Türkei als regionale Großmacht zu etablieren, versucht die deutsche Bundesregierung, die Türkei als Rammbock für ihre eigenen Interessen im Nahen Osten an sich zu binden. Dabei sind nicht die Menschenrechte in der Türkei entscheidend für die Politik der Bundesregierung, sondern in erster Linie die Absatz- und Investitionsmärkte, die geostrategisch wichtige Position des Landes und die Ressourcen in der Türkei und im

Nahen Osten! Umso wichtiger ist, *die Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei und die Forderung an die Bundesregierung, die Zusammenarbeit mit der AKP-Regierung zu beenden!*

Der Krieg der Türkei gegen Kurden kennt keine Grenzen

Die Türkei erstickt in Krieg und Gewalt. Nach dem Wahlerfolg der HDP brach Erdogan den Friedensprozess mit der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) ab. Seitdem tobt im Südosten der Türkei (Kurdistan) ein erbitterter Krieg.

Über 20 kurdische Städte wurden vom türkischen Militär aus der Luft, mit Panzern und schwerer Artillerie angegriffen. Die Bilanz dieses Krieges im letzten Jahr: 2.000 Tote und eine Million Flüchtlinge. In der Stadt Sirnak dauerte die Ausgangssperre sieben Monate. Die Stadt ist, wie viele andere Städte in Kurdistan, größtenteils zerstört worden. Es geht dem AKP-Regime um die Vertreibung der kurdischen Bevölkerung.

Am 24. August 2016 starteten türkische Spezialeinheiten gemeinsam mit islamistischen Söldnern eine Militäroffensive gegen Nordsyrien (Rojava). Bei diesem völkerrechtswidrigen Einsatz behauptete die türkische Regierung zunächst, Ziel der Militäroperation sei der sogenannte Islamische Staat. Doch von Anfang an war klar, dass die Kurd*innen, die YPG/YPJ und die demokratischen Kräfte Syriens Ziel der türkischen Angriffe sind. Seither wurden Hunderte Zivilist*innen Opfer der Angriffe.

Seit dem Putschversuch in der Türkei am 15. Juli 2016 hat sich die Situation weiter zugespitzt, denn die AKP nutzt den ausgerufenen Ausnahmezustand, um jegliche Opposition zu unterdrücken. Sie selbst spricht von „Säuberungen“. Mehr als 125.000 Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes wurden entlassen, fast 40.000 Menschen inhaftiert. Seit einem Jahr wurden 6.040 Funktionäre, Mandatsträger, Bürgermeister, Abgeordnete und Mitglieder der HDP verhaftet. Die Situation in den türkischen Gefängnissen ist katastrophal, Menschenrechtsorganisationen berichten von systematischer Folter.

Die internationale Staatengemeinschaft, u. a. die Bundesregierung, haben mit ihrer Unterstützung des türkischen Regimes zu diesem Zustand beigetragen. Aufgrund geostrategischer Machtinteressen der EU und Deutschlands und den daraus resultierenden Vereinbarungen, die Deutschland und die EU mit der türkischen Regierung geschlossen haben wie etwa der Flüchtlingsdeal –, wurde Erdogan in seinem Machtstreben gestärkt. Erdogan ist nicht erst auf dem Weg, ein diktatorisches, faschistisches, frauenfeindliches, nationalistisches und rassistisches Regime mit ihm als Diktator zu schaffen – nein, er praktiziert es bereits!

Schluss mit der Duldung der israelischen Besatzung und Außenpolitik

Während rings um Israel die bewaffneten Konflikte eskalieren und das Elend der Flüchtlinge sich ins Unermessliche steigert, vertieft Israel den Graben zwischen sich und den Palästinensern.

International ist Israel isoliert, nachdem eine Resolution im Dezember 2016 den UN-Sicherheitsrat passierte, die die aggressive Siedlungspolitik der Regierung Netanyahu im Westjordanland verurteilte, da die scheidende Obama-Administration sich bei der Abstimmung enthielt. Diese Resolution wurde durch die Regierung Netanyahu einfach für irrelevant erklärt, da der neue US-Präsident Trump eine andere Politik verkündet: Israel und seine aggressive Siedlungspolitik werden bedingungslos zu unterstützt.

Selbst eine vom obersten israelischen Gericht verfügte und durchgeführte Räumung einer illegalen Siedlung auf palästinensischem Privatgrund wird durch die israelische Regierung konterkariert mit dem Versprechen, an anderer Stelle weitere Siedlungen auf palästinensischem Boden zu bauen. Am 6. Februar 2017 wurde ein Gesetz im israelischen Parlament verabschiedet, das die illegal auf privatem palästinensischen Gebiet errichteten Siedlungen rückwirkend sanktioniert.

Mit der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik, der Möglichkeit den Gaza-Streifen willkürlich zu strangulieren, sowie fortgesetzten militärischen Angriffshandlungen gegenüber dem Libanon und Syrien untergräbt die israelische Regierung die Sicherheitsinteressen sowohl der palästinensischen als auch der israelischen Bevölkerung. Eine Zwei-Staaten-Lösung wird ohne die Unterstützung des amtierenden US-Präsidenten kaum möglich sein.

Büchel ist überall - Atomwaffenfrei jetzt!

Noch existieren mehr als 15000 Atomwaffen auf unserer Erde, davon 1.800 in ständiger Alarmbereitschaft. Damit könnte unser Planet mehrfach komplett zerstört werden. Seit Jahren gibt es einen gefährlichen Stillstand in den Abrüstungsverhandlungen. Jetzt droht eine neue atomare Aufrüstungsspirale. Allein die USA wollen in den nächsten 30 Jahren mehr als 1.000 Milliarden Dollar für die Erneuerung ihres Atomwaffenarsenals ausgeben.

Es regt sich Widerstand gegen diesen atomaren Wahnsinn, besonders in den atomwaffenfreien Ländern. Diese haben im Jahr 2016 in der UN-Generalversammlung – gegen den heftigen Widerstand der meisten Atomwaffenstaaten und ihrer Vasallen (wie z. B. Deutschland) – mit großer Mehrheit Vertragsverhandlungen zu einem Atomwaffenverbot für 2017 beschlossen. Am 27. März beginnt die erste Verhandlungsrunde.

Die Bundesregierung ist mit der Stationierung von 20 Atomwaffen in Büchel und der „atomaren Teilhabe“ direkt in die unselige Atomwaffenpolitik verstrickt. Deshalb lehnt sie bisher ein Atomwaffenverbot ab.

Eine starke zivilgesellschaftliche Bewegung kann eine Kehrtwende erzwingen. Schon 2010 beschloss der Bundestag mit großer Mehrheit den Abzug aller Atomwaffen von deutschem Boden. Dieser Beschluss wurde nie umgesetzt.

Seit Jahren befürwortet eine große Mehrheit der Bevölkerung (93 % in der letzten Forsa-Umfrage 2016) ein Atomwaffenverbot. Auch am Atomwaffenstandort Büchel wächst seit Jahren der gewaltfreie Widerstand: 2016 wurde 20 Wochen lang (für die 20 Atomwaffen) ein Dauerprotest mit zahlreichen bunten Protestaktionen und Aktionen zivilen Ungehorsams durchgeführt.

Im diesem Jahr – vom 26.3. bis 9.8.2017 – findet erneut eine Dauerpräsenz statt. Die Friedensbewegung ist aufgerufen, in Büchel für eine Kehrtwende der deutschen Atomwaffenpolitik einzutreten. Die Aktionen von Blockaden bis zu Eindringaktionen können eigenverantwortlich gestaltet werden. Aktive werden vor Ort von einer Dauerpräsenzgruppe empfangen, beraten und begleitet. Eine Anmeldung ist über den Aktionskalender www.buechel-atombombenfrei.de möglich. Die ersten Aktionen haben schon vor Ostern stattgefunden.

Für Rückfragen und Kontakt: Ernst-Ludwig Iskenius (iskenius@ippnw.de)
Informationen: www.buechel-atomwaffenfrei.de

Hamburger Ostermarsch



Ostermontag, 17. April 2017

Auftakt: 12:00 Uhr St.-Georgs-Kirchhof (U/S-Bahn Hbf)

Osterandacht: 11:30 Uhr Dreieinigkeitskirche

Abschlusskundgebung und Friedensfest

13:30 Uhr Carl-von-Ossietzky-Platz

Musik: Gruppe Gutzeit u.a.

Redner: Norman Paech u.a.

Hamburger Ostermarschauftuf 2017

Den Kriegen zum Trotz: Frieden jetzt! Sofort!

Die Bundeswehr ist an vielen Kriegen direkt oder indirekt beteiligt – in Afghanistan, Mali, Irak, Syrien, im Mittelmeer und am Horn von Afrika...

Für diese Einsätze wird sie hochgerüstet. Die Bundesregierung hat angekündigt, in den nächsten 15 Jahren zusätzlich 130 Mrd. Euro in die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr zu stecken. Die jährlichen Militärausgaben von heute 34,3 Mrd. Euro sollen im Rahmen der NATO-Vorgaben beinahe verdoppelt werden.

Unter Bruch der Verfassung ist Deutschland arbeitet in und mit der EU daran, künftig auch eigenständig neben der NATO und ohne die USA militärisch eingreifen zu können. Es zeichnet sich ab, dass Deutschland und die EU die Rolle von Ordnungsmächten in Europa, im Nahen und Mittleren Osten und im Norden Afrikas übernehmen wollen – und damit auch die USA im Zuge ihres wachsenden Engagements in Asien entlasten werden. Ein wichtiges Ziel dabei ist die Sicherung des freien Zugangs zu Rohstoffen und Märkten. Die neuen Kriege werden ideologisch vorbereitet und abgesichert, indem Feindbilder wiederbelebt und neu geschaffen werden oder indem eigenes militärisches Handeln als humanitäre Intervention verbrämt wird. Auch wenn es bei uns unterschiedliche Einschätzungen zur Militärpolitik Russlands gibt: Der Westen benutzt die Politik der russischen Regierung als Argument für

die eigene Hochrüstung, statt Auswege aus der Eskalation zu suchen.

Im Jahr 2015 wurden von der Bundesregierung Rüstungsexporte in Höhe von 12,8 Mrd. Euro genehmigt und damit im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls fast verdoppelt. Autoritäre und reaktionäre Regime wie die Türkei, Israel, Saudi-Arabien und Katar sind bevorzugte Kunden der deutschen Rüstungskonzerne. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Unter Bruch der Verfassung ist Deutschland die militärische Drehscheibe für die US- und NATO-geführten Aggressionskriege. Auf deutschem Boden befinden sich die wichtigsten NATO- und US-Kommandozentralen. Über den US-Militärstützpunkt werden Waffen- und Truppentransporte abgewickelt, Kampfeinsätze gestartet und Killerdrohnen gelenkt.

Im Verein mit den Atommächten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und Israel lehnt die Bundesregierung in der UNO Verhandlungen über ein Verbot aller Atomwaffen ab. Es ist beschlossen, die in der Bundesrepublik stationierten US-Atomwaffen durch neue Atomwaffen zu ersetzen, die erweiterte Einsatzfähigkeiten haben. Sie sind Bestandteil der US- und NATO-Atomkriegsstrategie, an der die Bundesregierung – entgegen ihren Lippenbekenntnissen zur atomaren Abrüstung – festhält.

Deshalb gehen wir Ostern auf die Straße und fordern:

- ▶ **Nein zur Aufrüstung der Bundeswehr, zur Produktion von Kriegswaffen und zu Rüstungsexporten. Stopp der Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen. Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen, insbesondere an die Türkei, an Israel, Saudi-Arabien und Katar. Die Milliarden für Rüstung und Krieg müssen für soziale Zwecke verwendet werden.**
- ▶ **Atomwaffen ächten und abschaffen. Die nukleare Komplizenschaft mit den USA muss beendet werden. Die Bundesregierung muss die Bereitstellung der Tornado-Flugzeuge und das Training der Bundeswehr für den Einsatz der Atomwaffen beenden und den Stationierungsvertrag für die Lagerung der US-Atomwaffen kündigen.**
- ▶ **Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Sofortiger Waffenstillstand sowie Einleitung und Unterstützung von Friedensprozessen in Syrien, Afghanistan und Jemen. Aufhebung des Handelsembargos gegen Syrien, das die Zivilbevölkerung trifft.**
- ▶ **Raus aus der NATO und den Militärstrukturen der EU. Auflösung aller US- und NATO-Militärstützpunkte. Drastische Abrüstung der Bundeswehr mit der Perspektive ihrer Abschaffung.**
- ▶ **Keine Beteiligung Deutschlands am Konfrontationskurs gegen Russland – weder an Kriegsmanövern noch an der Militärpräsenz in Osteuropa. Frieden in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland.**
- ▶ **Solidarität mit den Flüchtlingen. Schutz und Sicherheit für alle Opfer aus Kriegsgebieten und die von Hunger, Armut und Umweltzerstörung heimgesuchten Menschen. Das Massensterben im Mittelmeer muss beendet werden. Aufkündigung des Flüchtlingsdeals mit der Türkei. Schutzsuchende brauchen legale Einreisemöglichkeiten nach Europa.**



Der Hamburger Ostermarsch-Aufruf wird unterstützt von:

Abraham, Regina * AG Frieden und Internationale Politik der LINKEN * AK Friedenswissenschaft der HAW Hamburg * Akademiker Initiative Hamburg e. V. * Aken, Jan van, MdB * Artus, Holger, Betriebsratsvorsitzender MOPO * Attac Hamburg * Bejarano, Esther * Bezirksverband Eimsbüttel DIE LINKE * Böhm, Tanja, Krankenschwester, DKP * Bräker, Walter, NaturFreunde Hamburg * BRAKULA * Härtel, Maria, Weltladen „Bramfelder

Laterne“ * Brunke, Stefan * Buchmann, Lars, Abgeordneter Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord * Bündnis Hamburger Deserteursdenkmal * Celik, Deniz, MdHBü Die LINKE * Christian, Rudi, DKP * Cuba Si Hamburg * Dagen, Mareike, Altenpflegerin * Danielsen, Walter, Elektro-Ing. * Deking, Wiltrud, Sozialarbeiterin * Deutscher Freidenker-Verband (DFV Landesverband Nord e. V.) * Deutsch-Palästinensischer Frauenverein e. V. * DFG/VK Hamburg * DFG/VK Landesverband Hamburg/ Schleswig Holstein * DIDF Hamburg (Föderation demokratischer Arbeitervereine) * DIDF-Jugend Hamburg * DKP Hamburg * DKP Wandsbek * Ehlers, Anke, Linksfraktion Wandsbek * Fetkötter, Ekke und Hanna * FI Bramfeld * FI NaturFreunde Hamburg * Flüchtlingsrat Hamburg e. V. * Frauen in Schwarz * Freie Humanisten Hamburg e. V. * FSR Soziale Arbeit HAW Hamburg * Gercke, Doris * GEW Hamburg * GEW Ausschuss für Friedenserziehung * Griebner, Holger * Gruber, Birgit und Robert * Grünberg, Thomas * Haas, Karin, Abgeordnete Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord * Hami, Motorradclub Kuhle Wampe * Hardt, Hermann-J., Sozialpädagoge, Flüchtlingsrat Hamburg * harte zeiten - junge sozialisten * Hartmann, Gisela, Friedensgruppe Iserbrook * Heineemann, Hildegard * Henseleit, Lotti und Kurt * Hinrichsen, Hans-Heinrich, stellvertretender Vorsitzender NaturFreunde Hamburg e. V. * Hinze, Helgrid, HAI, Hamburger Arbeitslosen Initiative * Hofediener, Nicola, Bezirksverband Wandsbek DIE LINKE * Hoffmann, Sibylle, Redakteurin * Hohmeier, Helene, Natur-Freunde Hamburg * Holst, Antje und Hans-Joachim * Humanistische Union, LV Hamburg * Iskenius, Ernst-Ludwig, Arzt, Rostock * Jasker, Wolfram und Irmgard, Friedenswerkstatt Wedel * Joho, Michael, Einwohnerverein St. Georg von 1987 e. V., Betriebsratsvorsitzender * Kirstein, Renate und Dr. Wolfgang * Klaphake, Ute * Klaphake-Griebner, Beate * Kleinholz, Karin * Landesverband DIE LINKE. Hamburg * Levien, Uwe * Lindemann, Anneliese, Friedensinitiative Rissen * Linden, Paul und Erika * LISA.HH (FrauenAG in der Partei Die Linke) * Liste LINKS Uni Hamburg * Lutzhöft, Monika * Magnitz, Katrin, Trickfilmerin * Mayer, Erna, VVN, DKP * Mayer, Thomas, Antiquar, Bredel-Gesellschaft * Messaoudi, Rachid, Abgeordneter Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord * Messstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS) - Bremen * Meyer, Gabi, Friedensgruppe Nordheide * Meyer, Peter * Migrantinnen Bund Hamburg * Möller-Santner, Harald, „Aktionskreis Hamburg Hat Platz“ (AHHP) und „Ottenser Gespräche zu Flucht und Migration“ (OGFM) * Mossler, Wolfgang, Dipl. Physiker u. Softwareingenieur i. R. * NAV-DEM (Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Hamburg e. V.) * Noreik, Norbert, DKP Wandsbek * PädagogInnen für den Frieden * Paech, Norman * Parnass, Peggy, Autorin * Petersen-Römer, Heidrun, Flüchtlingshilfe Harvestehude * Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten e. V. * Quelle, Michael, Heilerziehungspfleger, Stade * Rann, Thea, FI Bramfeld, ver.di, DKP * Rawald, Gisela * Referat für internationale Studierende im AStA der Uni Hamburg (RIS) * Reich, Gisela, Mitgl. im Auschwitz-Komitee * Reinhard Schwandt, ver.di, Hamburg * Schacht, Kurt, Journalist i. R. * Schacht, Sigfried * Schmidt, Reinhard * Schulz, Herbert, Abgeordneter Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord * Schuster, Achim, Diplom Sozialpädagoge, Flüchtlingsrat Hamburg * Seifert, Katharina, Bredelgeschichtswerkstatt, ver.di * Silbermann, Reinhard, Kämpfer und Freunde der spanischen Republik * Solidarische Hilfe im Alter SHA GmbH * Staufenbiel-Wandschneider, Dr. med. Anna, Ärztin * Stoppel, Jürgen, Steuerfachgehilfe, Friedensinitiative Winterhude * Thürmer, Wolfgang, Lehrer * Traversin, Angelika, Abgeordnete Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord * Urban, Ralph, Arzt, Schwarzenbek * ver.di AntiFa Arbeitskreis * Vollmer, Petra * Wandschneider, Sönke, Pastor * Wehner, Sibylle * Wendt, Heinke, Ärztin a. D. * Wendt, Johannes, Dipl.- Ing. a. D. * Wulff, Thorsten-Michael, Lehrer i. R.

Kurztexte von Aktiven des Hamburger Forums und von befreundeten Organisationen, in denen unsere Ostermarschforderungen konkretisiert werden:

Soziales runter – Rüstung rauf? Sag nein zur Aufrüstung, denn sie tötet schon jetzt!

Die Kriegsministerin von der Leyen stellt fest, die NATO leiste auf „ihrem Territorium“ eine unverzichtbare Arbeit. Um uns herum seien die Probleme mit Blick auf Afrika vielfältiger und größer geworden. Hinzu kommen die Anstrengungen, die EU zu einer militärischen Großmacht unter deutscher Führung zu machen. Dazu heißt es wörtlich: „In Bezug auf die militärische Spitzenfähigkeit braucht Europa alle zentralen Kapazitäten, um auf alle äußeren Krisen zu reagieren und Europa sicher zu machen, also das gesamte Spektrum der Rüstungskapazitäten zu Land, See, Luft und im Weltraum ...“ (Brüssel 28.6.2016).

Die schleichende Auflösung der Nato und die mögliche Verringerung des amerikanischen Militärengagements in Europa sind weitere Gründe für ein neuerliches Wettüsten in der EU. Selbst eigene deutsche Atomwaffen sind denkbar geworden. Angesichts der isolationistischen Stimmung jenseits des Atlantiks sollten wir uns gedanklich für ein solches Szenario wappnen. Die Rüstungsindustrie darf sich auf volle Auftragsbücher freuen. Waren es bisher für 2016 schon 1,2 Mrd. € mehr als 2015, nämlich 32 Mrd. €, sollen es für 2017 schon 37 Mrd € werden und irgendwann sollen die 80 Milliarden erreicht werden.

Es steht eine gigantische Umverteilung staatlicher Gelder bevor, wenn es der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung nicht gelingt, dies zu verhindern. Praktisch heißt das: Noch weniger Investitionen in Kitas, Schulen, Unis, soziale Dienste, Krankenhäuser, Altenpflege und gute Arbeit im Öffentlichen Dienst.

Wir Gewerkschafter*innen und Friedensbewegten müssen uns mehr einmischen, damit unsere Steuern für das Leben und nicht für dessen Vernichtung ausgegeben werden. Die Hamburger DGB-Vorsitzende Katja Karger sagte auf der letzten Kundgebung zum Antikriegstag: „Gewerkschaften und Friedensbewegung müssen enger zusammenrücken.“

Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit – Propaganda in Kriegszeiten

Immer wieder wird mit propagandistischem Geschick versucht, Krieg als Mittel der Politik hoffähig zu machen: Es wird gelogen, verfälscht, verleumdet, stigmatisiert. Es werden Feindbilder geschaffen und der Gegner wird dämonisiert. Die eigenen Taten dagegen werden als Verteidigung und Heldenhaftigkeit in Szene gesetzt. Eigene Gräueltaten und Kriegsverbrechen werden geleugnet und bagatellisiert.

Durch Kriegs(begründungs)lügen wird in der Politik und über die Medien die öffentliche Meinung geformt und die Bevölkerung auf Kriegskurs gebracht. Die Reihe der Beispiele ist lang – um nur einige zu nennen: Tonkin-Zwischenfall (Vietnam 1964), Brutkastenlüge (Irak 1990), Hufeisenplan (Jugoslawien 1999), Massenvernichtungswaffen (Irak 2003).

Die Ablehnung von Krieg ist in der Bevölkerung weit verbreitet. Gäbe es die fundamentalen Widerstände in sehr vielen Ländern quer durch alle politischen und gesellschaftlichen Milieus nicht, wäre die Gewalt auf diesem Planeten um einige Größenordnungen höher. Die öffentliche Meinung ist für die politischen Entscheidungen pro oder kontra gegen Kriegseinsätze von erheblicher Bedeutung. Daher wird ein enormer propagandistischer

Aufwand betrieben, um immer wieder die Zustimmung oder zumindest die Billigung brutaler Kriegseinsätze zu erreichen.

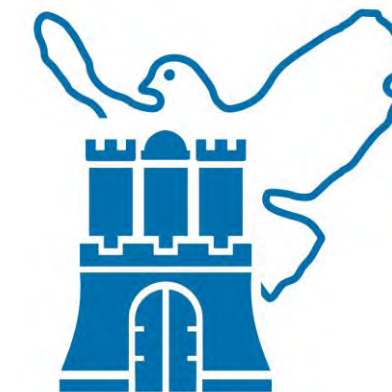
Schlichte Meinungsmache und Kriegspropaganda reichen oft nicht aus, um die Unterstützung der Öffentlichkeit für einen Kriegseinsatz zu gewinnen. Deshalb wird zu perfider Propaganda, handfesten Kriegslügen und frei erfundenen Gräueltaten gegriffen. So wird für Kriegseinsätze Stimmung gemacht. *Lügen und Propaganda in Zeiten des Krieges sind Waffen. Sie töten die Wahrheit und sollen den Widerstand brechen.*

Ostermarsch in Wedel 2017

Ostersamstag, den 15. April 2017

10:00 Auftakt vor dem Wedeler Rathaus
10:45 Ostermarsch durch Wedel
Reden und Grußworte: * Probst Thomas Drope vom Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein
* Peter Brandt, DGB-Vorsitzender des Kreises Pinneberg * Uta Amer vom Friedensnetzwerk

12:00 Diskussion auf dem Theaterschiff Batavia - Leitung: Wittigo Stubbe vom Friedensnetzwerk
TeilnehmerInnen: die oben genannten RednerInnen und ein/e Vertreter/in der Partei „Die Linke“ zu den US-Truppenbewegungen durch Deutschland nach Polen und ins Baltikum
13:00 Friedenskonzert mit der Oma-Körner-Band



Wer ist das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.?

Wir kommen aus Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen oder sind Einzelpersonen, die am Frieden Interessierte zu gemeinsamem Handeln zusammenführen wollen. Wir veranstalten in Hamburg die Ostermärsche und die Antikriegsdemonstrationen zum 1. September und haben zu Demonstrationen gegen die Kriege gegen Jugoslawien, den Irak, Afghanistan und in der Ukraine aufgerufen. Weitere Informationen: www.hamburgerforum.org